

Kapitel B 1

Bestandsanalyse und Bewertung Fachbereich Wirtschaft

1 Wirtschaft

1.1 Ziele des Fachbeitrags

Neben den sich weltweit vollziehenden wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen steht der Untersuchungsraum mit der bevorstehenden EU-Osterweiterung vor ganz besonderen Herausforderungen. Am 1. Mai 2004 werden 10 Staaten der Europäischen Union beitreten. Es handelt sich um die größte Erweiterungsrunde seit Bestehen.

Die nördliche Oberpfalz rückt durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) von einer Randlage ins Zentrum Europas. Durch die Fortführung der BAB 6 mit Anschluss an das tschechische Fernstraßennetz bei Waidhaus wird die Qualität der Raumerschließung maßgeblich erhöht werden. Die nördliche Oberpfalz wird insbesondere dann von der EU-Osterweiterung und der neuen Raumerschließung wirtschaftlich profitieren können, wenn es ihr gelingt, sich durch gute Standortbedingungen auf der Entwicklungsachse Paris-Prag zu profilieren (ZIEGLER, A., 2001). Voraussetzung einer erfolversprechenden Profilierung ist es zuvorderst, mit Blick auf die Konkurrenzstandorte, die eigenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie Entwicklungsvoraussetzungen zu analysieren (Potenzial- und Konkurrenzanalyse).

Es liegen eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen vor, die sich mit möglichen Konsequenzen der EU-Osterweiterung auseinandersetzen. Diese analysieren die Auswirkungen zumeist auf supra-nationaler Ebene für die EU-15 und diverse Untergruppen der MOEL-10 oder im Hinblick auf einzelne Mitgliedsstaaten. Mit der ifo-Studie über die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern, die im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie erstellt wurde (2001), liegt erstmals auf der Ebene eines deutschen Bundeslandes eine entsprechende Untersuchung vor. Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen des Bundeslandes Bayern sowie der EU-Beitrittsstaaten unter besonderer Berücksichtigung der Tschechischen Republik und darauf aufbauend die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Regionen untersucht. Die ifo-Studie weist nach, dass die derzeitigen EU-Staaten ihre komparativen Vorteile gegenüber den MOEL in humankapital- und forschungsintensiven Sektoren und umgekehrt die MOEL komparative Vorteile in den lohnkostensensiblen Sektoren haben. Im Zeitablauf werden sich die Ausprägungen der komparativen Kostenvorteile allerdings angleichen.

Die nördliche Oberpfalz wurde im Rahmen der ifo-Studie mit untersucht, eine differenzierte Analyse des Raumes in Bezug auf die EU-Osterweiterung fehlt jedoch bislang. Hier wird das Teilraumgutachten ansetzen. Im Rahmen der Bestandsanalyse wird anhand aussagekräftiger Indikatoren die wirtschaftliche Ausgangslage der nördlichen Oberpfalz dargestellt und bewertet (Potenzialanalyse). Es werden gezielt

Indikatoren gewählt, die in der Lage sind, Wettbewerbsfähigkeit zu messen und in der Folge Ansatzpunkte für Anpassungsstrategien bieten.

1.2 Fachliche Planungsvorgaben

Bezüglich der fachlichen Planungsvorgaben wird auf das Landesentwicklungsprogramm Bayern sowie den Regionalplan Oberpfalz-Nord (6) eingegangen.

1.2.1 Landesentwicklungsprogramm

Im **Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)** in seiner Fassung vom 01.04.2003 wird der EU-Osterweiterung ein besonderes Gewicht beigemessen. *„Mit der zunehmenden europäischen Integration hat die Brückenfunktion Bayerns eine neue Gewichtung erfahren. Diese wird mit der Osterweiterung der EU weiter zunehmen. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und verstärkter internationaler Leistungsaustausch eröffnen neue Entwicklungschancen, z.B. im Bereich der Wirtschaft für neues Wirtschaftswachstum, zusätzliche Einkommenserzielung, Steigerung des Wohlstands sowie zum Abbau von Arbeitskräfteengpässen in bestimmten Wirtschaftszweigen und Teilräumen“* (Begründung Ziel A I 2.1).

Darüber hinaus wird mit folgenden Zielen des LEP der EU-Osterweiterung in besonderem Maße Rechnung getragen:

- „Insbesondere in den an die Tschechische Republik angrenzenden Regionen soll Unternehmen die Anpassung an die durch die EU-Osterweiterung veränderten Marktbedingungen erleichtert werden“ (Ziel B II 1.);
- „Für die Neuansiedlung und Verlagerung von Großhandelsbetrieben sollen insbesondere auch im grenznahen Raum zu Tschechien in verkehrsgünstiger Lage geeignete Flächen bereitgestellt werden“ (Ziel B II, 1.2.1.7);
- Es soll auf „eine nachhaltige Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachbarregionen zur Tschechischen Republik, ..., abgestellt auf die jeweiligen wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten in den Teilräumen“, hingewirkt werden (Ziel B II, 5.1);
- „Vorrang bei der Bewältigung der sich abzeichnenden demographischen Probleme haben Anstrengungen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Bayern muss allerdings zur Sicherung wissenschaftlicher Spitzenleistung, hoher Innovationskraft und wirtschaftlicher Dynamik schon heute offen sein für ausländische Spitzenkräfte in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Im Zuge der EU-Osterweiterung kommt es darauf an, durch geeignete und flexible Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten, speziell in den grenznahen Räumen, zu vermeiden“ (Ziel B II, 5.2.1.3.);
- „In den Nachbarregionen zur Tschechischen Republik, ..., sollen verstärkt Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation der Arbeitnehmer ent-

sprechend den speziellen regionalen Bedürfnissen durchgeführt werden“ (Ziel B II, 5.2.2.2.).

1.2.2 Regionalplan

Im **Regionalplan Oberpfalz-Nord (6)** wird ebenfalls das Thema EU-Osterweiterung aufgegriffen. So wird in der Begründung zu den übergeordneten Zielen darauf hingewiesen, dass die Wirtschaft der nördlichen Oberpfalz auf Grund neuer Entwicklungen, wie des zunehmenden Wettbewerbs in der EU und mit den östlichen Nachbarländern sowie der Tendenz zu Betriebsverlagerungen in die Länder mit niedrigerem Lohnniveau, vor neuen Herausforderungen steht. *„Für die Region ist deshalb wichtig, die bestehenden Betriebe in ihrem Bemühen zur Anpassung an die Erfordernisse des Marktes zu unterstützen und die Voraussetzungen für neue Betriebsansiedlungen zu verbessern. Als Maßnahmen hierfür kommen u.a. die Wirtschaftsförderung, Ergänzung der Infrastruktur, Beratung und Hilfen zur Nutzung neuer Technologien und Kommunikationsmittel, Einsatz von Regionalmarketing (Verbesserung des regionalen Images nach innen und außen) und Regionalmanagement in Betracht.“* *„Durch den Wegfall der Grenze zur ehemaligen DDR und die Öffnung der Grenze zur tschechischen Republik bietet sich für die Region die Chance, die bisherigen Standortnachteile aus der peripheren Lage zu den westlichen Wirtschaftsräumen teilweise auszugleichen. Es gilt, die seit Jahrzehnten unterbrochenen Verbindungen zu den Ländern im Osten und Norden wiederherzustellen und auszubauen, damit die Region die traditionelle Brückenfunktion zwischen den Räumen im Westen und Osten wiedererlangt.“*

Darüber hinaus wird im Regionalplan Oberpfalz-Nord (6) in der Begründung zu den übergeordneten Zielen die zu erwartende Nachfrage nach gewerblichen Siedlungsflächen durch die bevorstehende EU-Osterweiterung angesprochen. *„Die Öffnung der Grenze zur Tschechischen Republik und auch zu den neuen Bundesländern lässt erhebliche, bislang nicht erwartete Impulse für die gewerbliche Siedlungsentwicklung insbesondere in grenznahen Gebieten der Region erwarten. Eine frühzeitige Sicherung besonders geeigneter Flächen für die gewerbliche Siedlungstätigkeit an verkehrsgünstig gelegenen Standorten ist angezeigt, um aus den verbesserten Standortbedingungen des Grenzraumes Nutzen für die regionale Entwicklung zu ziehen“* (zu II, zu 1.4).

Fazit:

Sowohl im LEP Bayern als auch im Regionalplan Oberpfalz-Nord (6) werden die Chancen für den ehemaligen Grenzraum durch die EU-Osterweiterung herausgestellt, gleichzeitig jedoch darauf hingewiesen, dass erhebliche flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen geboten sind, um mögliche Entwicklungsimpulse nachhaltig nutzen zu können. Verbesserungsbedarf besteht zum einen bei der verkehrlichen und sonstigen infrastrukturellen Ausstattung, zum anderen muss eine weitere Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur in Richtung zukunfts-

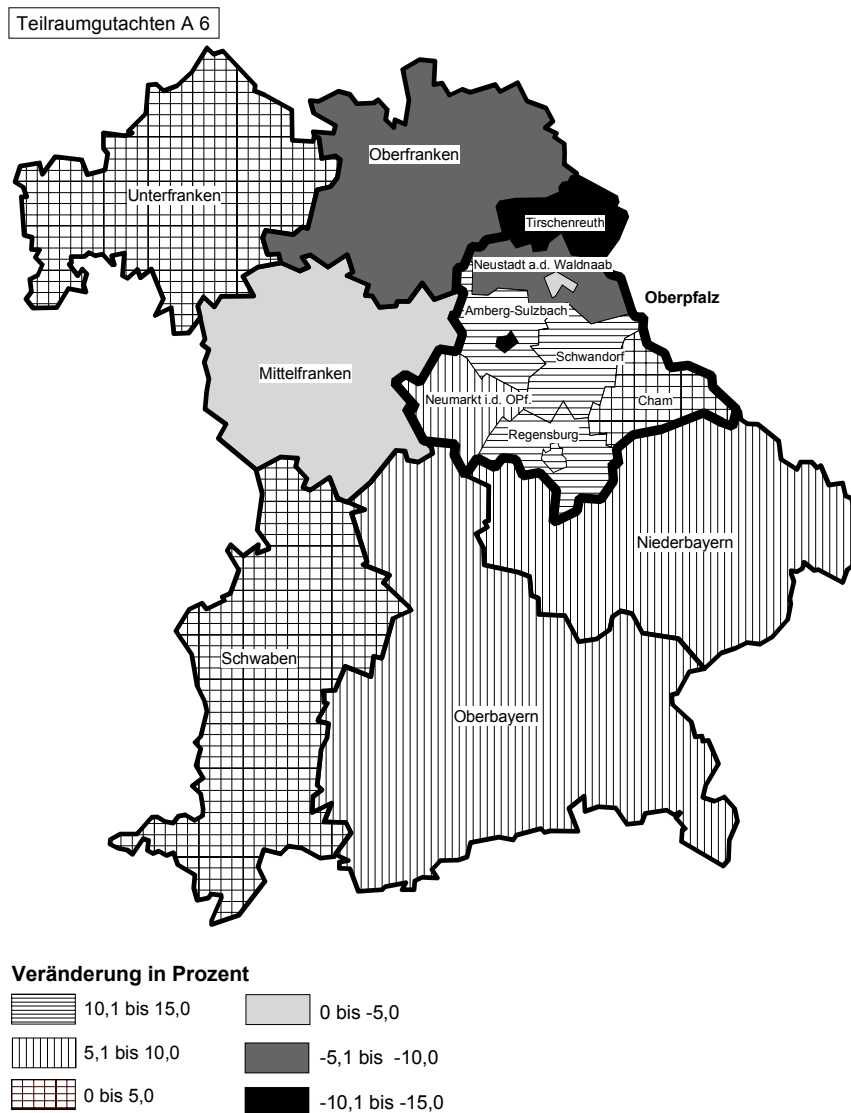
weisender Branchen erreicht, die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften erhöht und eine verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarstaaten forciert werden.

1.3 Wirtschaftsstruktur und –entwicklung

1.3.1 Beschäftigtenentwicklung

Der Regierungsbezirk Oberpfalz zählte im Juni 2001 insgesamt 362.505 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Bezogen auf die 7 bayerischen Regierungsbezirke zeigt sich für den Regierungsbezirk Oberpfalz zwischen 1991 und 2001 eine überdurchschnittlich positive Beschäftigtenentwicklung. Während bayernweit ein Beschäftigtenzuwachs von 2,9 % erzielt werden konnte, nahm die Zahl der Beschäftigten in der Oberpfalz um 5 % zu. Höhere Zuwächse hatten die Regierungsbezirke Niederbayern (5,1 %) und Oberbayern (7,7 %) zu verzeichnen.

Abb. II 1/1: Entwicklung der Beschäftigten im Untersuchungsraum zwischen 1991 und 2001



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Die positive Beschäftigtenentwicklung des Regierungsbezirkes Oberpfalz wurde zwischen 1991 und 2001 vor allem durch die Stadt Regensburg (10 %) sowie die Kreise Regensburg (16,8 %), Amberg-Weizsach (14,6 %) und Schwandorf (10,4 %) getragen. Die Stadt Amberg (- 12,1 %) sowie die Kreise Tirschenreuth (- 14,6 %) und Neustadt a.d. Waldnaab (- 6,3 %) erfuhren in diesem Zeitraum hingegen negative Entwicklungen (vgl. Abb. II 1/1).

Im Mittel des Untersuchungsraumes (Makro- und Mikroportal) rangiert die Beschäftigtenquote (Beschäftigte pro Einwohner) mit einem Wert von 0,31 knapp unter der des Regierungsbezirkes (0,33). In hohem Maße wird dieser Wert durch die kreisfreien Städte Amberg (0,51) und Weiden (0,56) getragen, ohne deren Arbeitsplatzangebot die regionale Beschäftigungsquote bei 0,22 liegen würde. Die Arbeitsplatz-

zentralität der kreisfreien Städte wird auch durch deren hohe Einpendlerüberschüsse belegt (vgl. Tab. II 1/1). Ohne die Gemeinden des Mikroportals erreicht, bezogen auf das Mittel des Untersuchungsraumes, alleine der sonstige Landkreis Schwandorf eine überdurchschnittliche Arbeitsplatzzentralität (vgl. Abb. II 1/2).

Tab. II 1/1: Pendlersalden in den Kreisen und kreisfreien Städten des Makroportals

	Pendlersaldo (Ein- abzgl. Auspendler)	
	1987	2001
Landkreis Tirschenreuth	- 5.462	- 5.325
Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab	- 9.816	- 8.944
Landkreis Amberg-Sulzbach	- 15.338	- 12.284
Landkreis Schwandorf	- 6.927	- 5.806
Kreisfreie Stadt Amberg	11.272	8.578
Kreisfreie Stadt Weiden i.d. OPf.	10.248	9.871

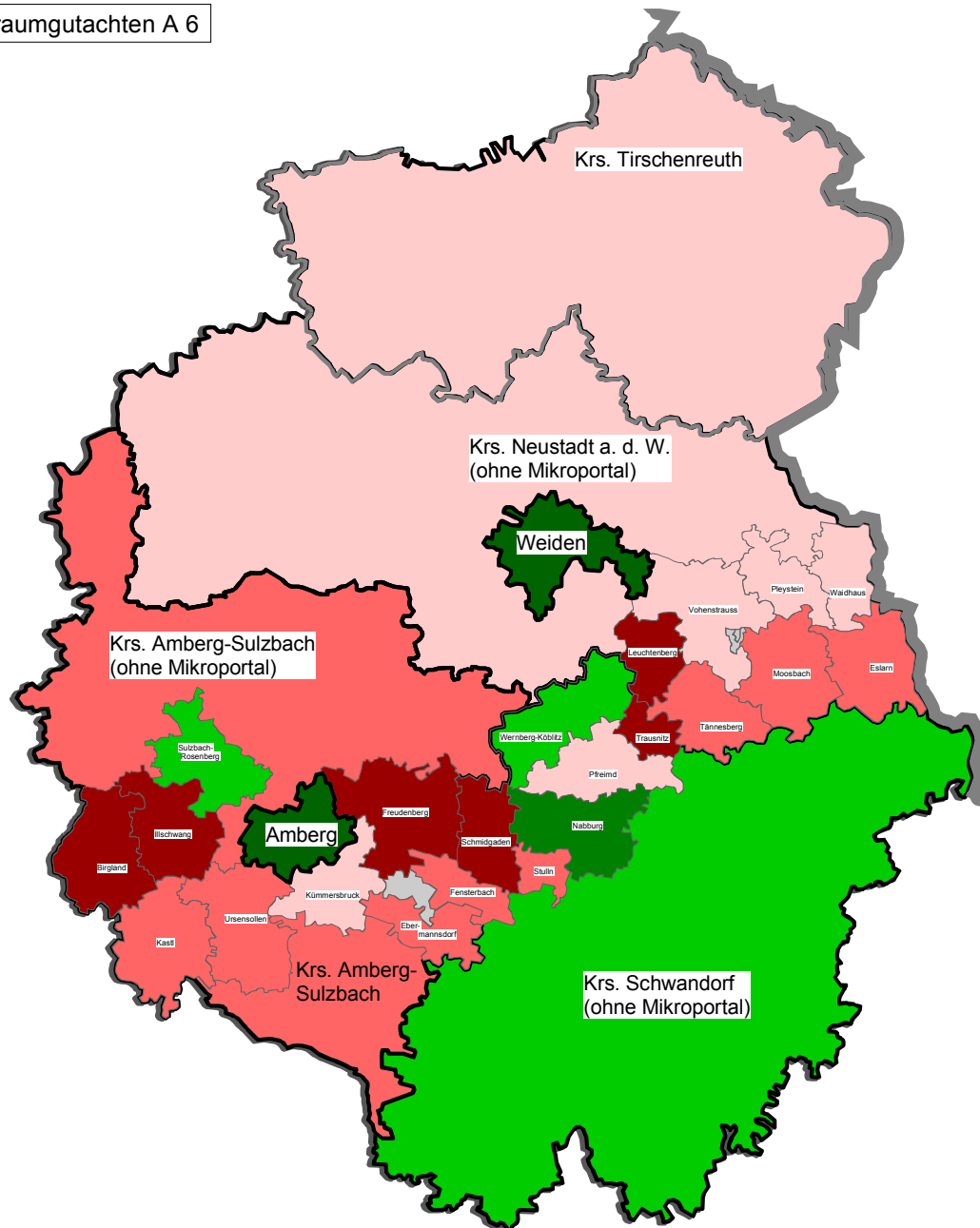
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Innerhalb des Mikroportals zeichnen sich mit den Städten Amberg und Sulzbach-Rosenberg sowie mit der Gemeinde Wernberg-Köblitz und der Stadt Nabburg Räume mit überdurchschnittlichen Arbeitsplatzzentralitäten ab.

Zuwächse konnten im Untersuchungsraum – entsprechend bundesweiter Entwicklungen – vor allem die Dienstleistungen erzielen. So entsprach der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor an den Gesamtbeschäftigten im Jahr 2001 mit 49,6 % (1991: 39,4 %) dem des Produzierenden Gewerbes (2001: 49,6 %; 1991: 59,4 %). Eine Aufteilung der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren verdeutlicht jedoch die nach wie vor hohe Bedeutung des Produzierenden Gewerbes in den Kreisen und kreisfreien Städten der nördlichen Oberpfalz. Die Abbildung II 1/3 stellt zudem die unterschiedlichen Strukturen der beiden Oberzentren Amberg und Weiden i.d. OPf. heraus. Die kreisfreie Stadt Weiden i.d. OPf. hat einen deutlich höheren Beschäftigtenanteil im Dienstleistungsbereich zu verzeichnen, wobei dieses Ergebnis durch eine im Vergleich zur Stadt Amberg höhere Bedeutung des Handelssektors erreicht wird.

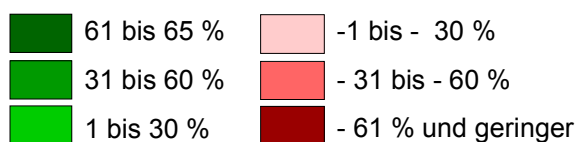
Abb. II 1/2: Arbeitsplatzzentralität (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro Einwohner am 31.12.2001)

Teilraumgutachten A 6



Arbeitsplatzzentralität

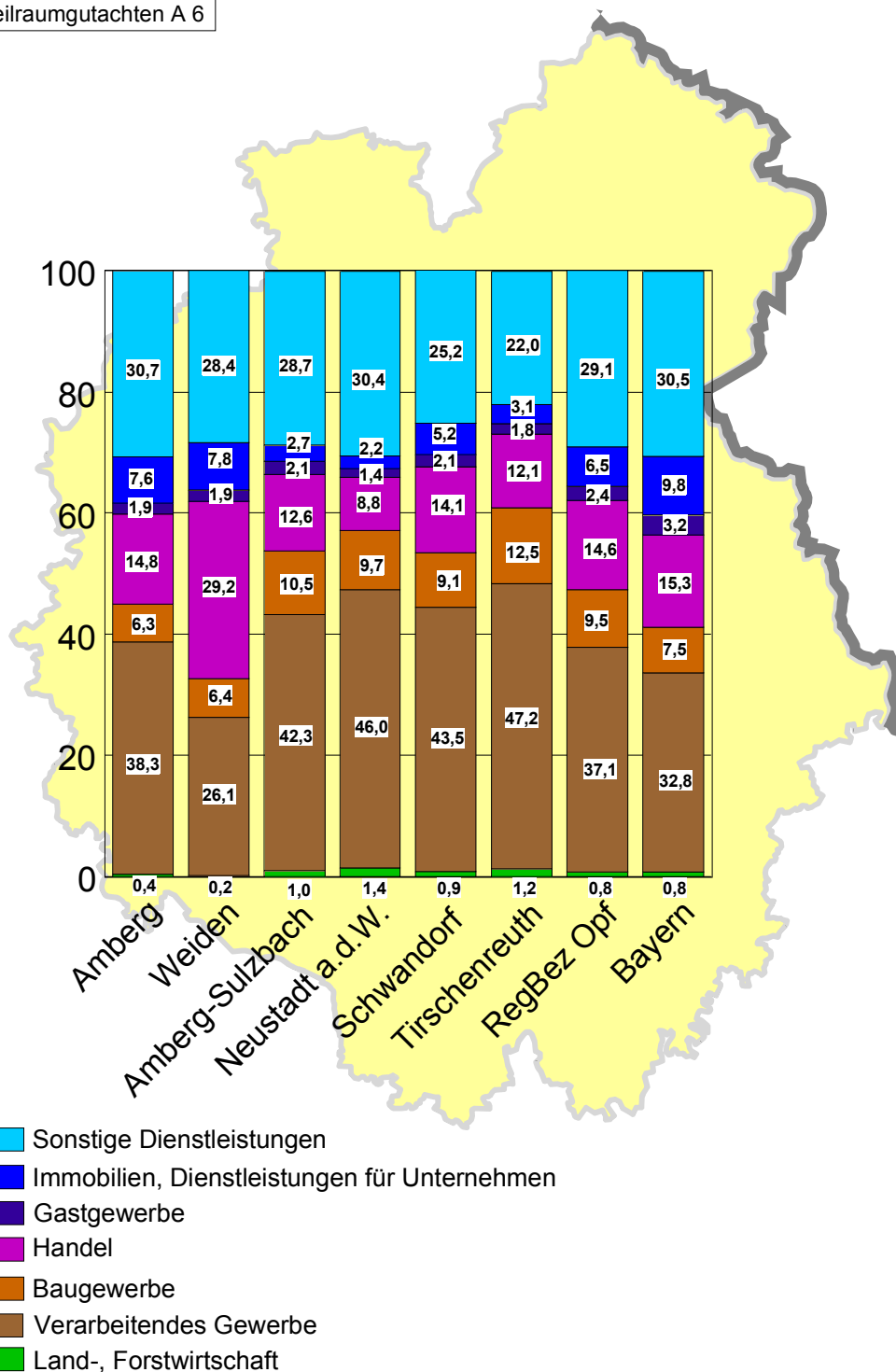
(Abweichung des Teilraumes zum Mittel des Untersuchungsraumes)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Abb. II 1/3: Anteil der Beschäftigten nach Wirtschaftssectoren im Untersuchungsraum 2000

Teilraumgutachten A 6



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Fazit:

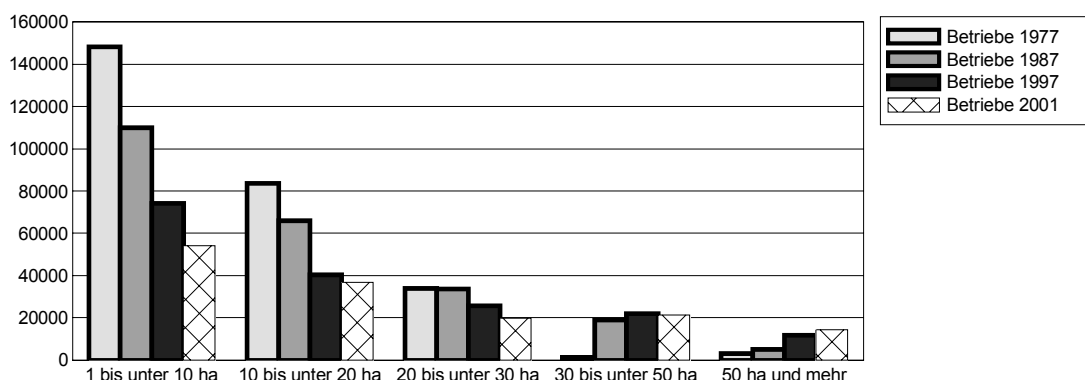
Der Untersuchungsraum (Makroportal) war demzufolge zwischen 1991 und 2001 durch negative Beschäftigtenentwicklungen in den nördlichen Kreisen und in der Stadt Amberg sowie durch positive in den südlichen Kreisen geprägt. In der Stadt Weiden blieb die Beschäftigtenzahl in diesem Zeitraum stabil.

Mit der Schließung der Neuen Maxhütte (NMH) in Sulzbach-Rosenberg im September 2002 gingen jedoch dem Kreis Amberg-Sulzbach über 850 direkte und zahlreiche weitere nachgelagerte Arbeitsplätze verloren, so dass auch Amberg-Sulzbach und hier insbesondere die Stadt Sulzbach-Rosenberg mit der Schließung der NMH einen deutlichen Einbruch bei den Beschäftigtenzahlen hin zu nehmen hatte. Mit der Vermittlung der ehemaligen Beschäftigten der Maxhütte an andere Unternehmen bzw. mit deren Fort-/Umbildung ist die „Projekt- und Trainingsgesellschaft (PTG)“ beauftragt worden. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass mindestens ein Drittel dieser ehemaligen Beschäftigten nicht wieder vermittelbar ist, was in absehbarer Zeit zu einer weiteren Erhöhung der Sockelarbeitslosigkeit in diesem Raum führen wird.

Die Beschäftigtenquoten verdeutlichen, dass innerhalb des Mikroportals eindeutige Arbeitsplatzschwerpunkträume bestehen. So weist einerseits der Raum Sulzbach-Rosenberg und Amberg hohe Arbeitsplatzzentralitäten auf. Andererseits sind es die Standorte Wernberg-Köblitz und Nabburg, die im Mikroportal eine regional bedeutsame Funktion als Arbeitsplatzanbieter haben. Wernberg-Köblitz und Nabburg ist es offenbar gelungen, von der Lagegunst an der BAB 93 zu profitieren. Mit der Fertigstellung der BAB 6 wird sich die Lagegunst der Städte und Gemeinden im Schnittpunkt zweier Autobahnen weiter verbessern und einen Kristallisationskern für künftige gewerbliche Entwicklungen herausbilden.

1.3.2 Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft**Strukturen in der Landwirtschaft**

Im Bereich der Landwirtschaft vollzog sich in den letzten Jahrzehnten bundesweit ein tiefgreifender Strukturwandel. Für den Fortbestand einer international wettbewerbsfähigen Landwirtschaft ist unter heutigen Marktbedingungen insbesondere die Herausbildung großbetrieblicher Strukturen mit Flächen über 30 Hektar von Bedeutung. Diese Entwicklung lässt sich auch für Bayern nachzeichnen (vgl. Abb. II 1/4).

Abb. II 1/4: Landwirtschaftliche Betriebe nach Betriebsgrößen in Bayern


Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Neben der Etablierung größerer Betriebsstrukturen ist die Zahl der Höfe sowie die Zahl der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft in Bayern in den vergangenen Jahrzehnten ständig zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Produktivität der Landwirtschaft enorm gewachsen. Ein Trend, der sich u.a. auf Grund des technischen Fortschritts weiter fortsetzen wird. Dieser bundesweite Strukturwandel kennzeichnet auch die Situation in der Oberpfalz. So haben zwischen 1991 und 2001 rd. 24 % der Betriebe geschlossen. Der Regierungsbezirk verzeichnete im Jahr 2001 noch 17.959 landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 2 Hektar. Während die Gesamtzahl der Betriebe deutlich abnimmt, steigen die durchschnittlichen Betriebsgrößen weiter an.

Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe hat sich im Regierungsbezirk in den vergangenen Jahren erhöht. Er betrug 1999 59,6 % (1987: 56,1 %). Bezogen auf die nördliche Oberpfalz hatte der Kreis Amberg-Sulzbach einen im Vergleich zum Regierungsbezirk und zu Bayern überdurchschnittlichen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben zu verzeichnen (vgl. Tab. II 1/2).

Tab. II 1/2: Anteil der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in den Kreisen des Untersuchungsraumes 1999

Landkreise	Überwiegendes Betriebseinkommen 1999				
	Haupterwerbsbetriebe 1)		Nebenerwerbsbetriebe 2)		Betriebe insges. (Einzelunternehmen)
	Betriebe	Anteil	Betriebe	Anteil	
Amberg-Sulzbach	815	35,2	1.501	64,8	2.316
Neustadt a.d. Waldnaab	978	46,4	1.128	53,6	2.106
Schwandorf	1.124	39,8	1.700	60,2	2.824
Tirschenreuth	896	48,9	938	51,1	1.834
Regierungsbezirk	7.738	40,4	11.404	59,6	19.142
Bayern	66.008	43,8	84.569	56,2	150.577

1) Betriebe mit 1,5 AK-Einheiten/Betrieb und mehr und 0,75 AK-Einheiten/Betrieb und einen Anteil des betriebl. Einkommens am Gesamteinkommen von größer 50%

2) Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen insgesamt abzüglich Haupterwerbsbetriebe

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Bei einer Betrachtung der landwirtschaftlich genutzten Fläche an der Gesamtfläche sowie des Anteils der in der Landwirtschaft Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten zeigt sich, dass die Landwirtschaft 1999 – bezogen auf die vier Kreise des Untersuchungsraumes – in den Kreisen Tirschenreuth und Amberg-Sulzbach (ohne Mikroportal) die höchste wirtschaftliche Bedeutung besaß. Innerhalb des Mikroportals sind, bezogen auf den Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft, insbesondere die Gemeinden Birgland, Ursensollen, Schmidgaden, Leuchtenberg und Moosbach von der Landwirtschaft geprägt. Aber auch in anderen Gemeinden des Mikroportals hat die Landwirtschaft zum Teil eine große Bedeutung (vgl. Abb. II 1/5).

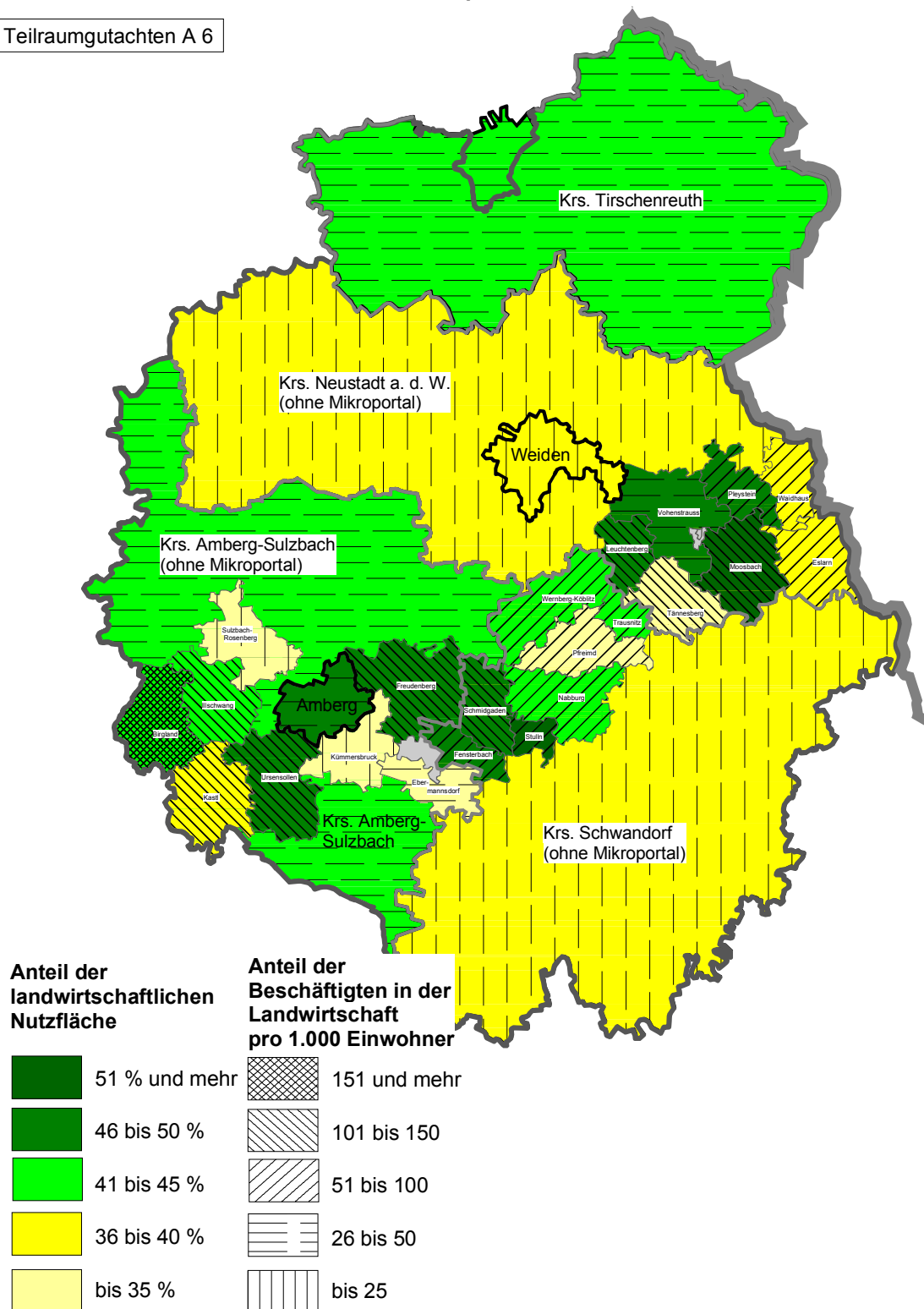
Neue Standortkonkurrenzen durch die EU-Osterweiterung

In der Tschechischen Republik kam es im Rahmen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft zur Herausbildung von drei neuen landwirtschaftlichen Betriebs-typen. Ein Viertel der Fläche wird von landwirtschaftlichen Einzelunternehmen bewirtschaftet. Hierunter befinden sich kleinere Nebenerwerbsbetriebe, jedoch auch Vollerwerbsbetriebe mit mehr als 100 Hektar. Ein weiteres Drittel der Fläche bewirtschaften Genossenschaften mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 1.450 Hektar. Der verbleibende Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche befindet sich im Eigentum von Kapital- oder Personengesellschaften. Während die Gruppe der Einzelunternehmen für die Landwirtschaft in der Oberpfalz als weniger problematisch zu werten ist, stellen die Genossenschaften auf Grund der guten Flächenausstattung und der sich daraus ergebenden überproportionalen Fördermittelabschöpfung (flächenbezogenen Ausgleichszahlungen) eine größere Konkurrenz dar. Die größten Bedenken werden jedoch in Bezug auf die Kapitalgesellschaften wegen der Befürchtung gehegt, dass westliche Investoren mit erheblichen finanziellen Beträgen in die tschechische Landwirtschaft einsteigen. Die Gesellschaften könnten damit in die Lage versetzt werden, durch den Einsatz hochwertiger technischer Standards sehr hohe Produktivitäten zu erreichen (PITTROFF, W., 2003).

Eine Analyse zur Landwirtschaft in den MOEL kommt zu dem Ergebnis, dass in den Beitrittsländern noch Defizite im Produktionsbereich und vor allem im Verarbeitungs- und Vermarktungssektor einschließlich der Lebensmittelindustrie bestehen. So werden viele Betriebe bei der Anpassung ihrer Produktion an die Qualitätsstandards der EU Probleme haben. Zudem wird sich bei einer weiterhin positiven Wirtschafts- und Einkommensentwicklung in den MOEL die mengenmäßige und qualitative Nachfrage nach Lebensmitteln erhöhen. In der Folge bilden die Staaten Mittel- und Osteuropas bereits heute einen der interessantesten Absatzmärkte für die europäische Ernährungswirtschaft. Dies gilt insbesondere für veredelte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit hoher Verarbeitungsintensität (BAYERISCHE LANDESANSTALT FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFT UND AGRARSTRUKTUR, 2000).

Abb. II 1/5: Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Beschäftigten pro 1000 Einwohner im Mikro- und Makroportal 1999

Teilraumgutachten A 6



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Fazit:

Die Analysen dokumentieren den anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft. Eine weitere Flächenkonzentration einhergehend mit einer Abnahme der Betriebe ist zu erwarten. Zahlreiche Betriebe der nördlichen Oberpfalz haben betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten erkannt und entsprechende Anpassungsmaßnahmen durchgeführt.

Im Vergleich zur Tschechischen Republik lässt sich für die landwirtschaftlichen Betriebe in der nördlichen Oberpfalz ein erheblicher Leistungsvorsprung konstatieren. Landwirtschaftliche Betriebe in der Tschechischen Republik haben im Bereich der Produktion, des Aufbaus funktionierender Erzeugergemeinschaften und Absatzwege noch erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um mit westlichen Standards Schritt halten zu können. In der Folge lassen sich für Betriebe des Untersuchungsraumes mit der Grenzöffnung eher Chancen als Risiken vermuten. Die Nachfrage nach Qualitätsprodukten wird bei einer positiven Einkommensentwicklung in den MOEL weiterhin ansteigen und bietet damit interessante Absatzmöglichkeiten für Betriebe der nördlichen Oberpfalz.

Insbesondere landwirtschaftliche Betriebe, die im Nebenerwerb geführt werden, sollten vermehrt eine Diversifizierung in der Einkommenserzielung erreichen. So könnten landwirtschaftliche Betriebe zukünftig stärker landespflegerische Aufgaben übernehmen, die mit der Zunahme des Fremdenverkehrs in der Region an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der zusätzlichen Einkommenserzielung durch Vorhaltung touristischer Angebote wie „Urlaub auf dem Bauernhof“. Ein touristisches Angebot, das sich in den letzten zehn Jahren sehr positiv entwickelt hat und mittlerweile für eine Vielzahl von landwirtschaftlichen Betrieben zu einem zweiten wirtschaftlichen Standbein geworden ist.

Zudem kann mit der Einführung und dem Ausbau der Direktvermarktung ein direkter Beitrag zur Einkommenssicherung geleistet werden.

1.3.3 Struktur und Wettbewerbsfähigkeit des Produzierenden Gewerbes

Zum Produzierenden Gewerbe zählen sowohl das Bauhauptgewerbe als auch das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steine und Erden.

a) Baugewerbe

Das Baugewerbe hat im Regierungsbezirk Oberpfalz im Vergleich zu Bayern eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung (vgl. Abb. II 1/3). Im Untersuchungsraum stellte das Baugewerbe im Jahr 2000 im Kreis Tirschenreuth für 10,5 % und im Kreis Amberg-Weizsach für 10,5 % der Beschäftigten einen Arbeitsplatz zur Verfügung. Im Kreis Neustadt a.d. Waldnaab lag der Anteil bei 9,7 %, im Kreis Schwandorf bei 9,1 %, in der kreisfreien Stadt Amberg bei 6,3 % und in Weiden i.d. OPf. bei 6,4 %.

Das deutsche Baugewerbe zählt zu den Hochlohnsektoren und weist ein überdurchschnittliches Lohnkostengefälle zum ausländischen Arbeitsmarkt auf. Auf Grund der lohnkostenintensiven und humankapitalarmen Produktionsstruktur haben Unternehmen aus den MOEL auch bei Berücksichtigung gewisser Produktivitätsdifferenzen gute Voraussetzungen, das bestehende Lohnkostengefälle als Wettbewerbsvorteil zu nutzen. Mit der Einführung der Dienstleistungsfreiheit auch im Baugewerbe, spätestens also sieben Jahre nach Beitritt der MOEL, wird die Bauwirtschaft bzw. werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dieser Branche auf Grund des Kostenvorteils tschechischer Unternehmen einem erheblichen Konkurrenzdruck ausgesetzt sein. Die nördliche Oberpfalz als grenznahe Region dürfte auf Grund der geringen Distanzkosten zu den MOEL und der relativ hohen Beschäftigungsdichte in der Bauwirtschaft stärker als andere westdeutsche Regionen von der Liberalisierung des Bauarbeitsmarktes betroffen sein. Dies wird insbesondere bauausführende Tätigkeitsfelder betreffen. Durch Ausbau der technologischen Kompetenzen, eine stärkere Konzentration auf baubezogene Dienstleistungen und das Projektmanagement sowie Kooperation mit MOE-Unternehmen bieten sich nach Auffassung des ifo-Instituts für Unternehmen aus der Oberpfalz jedoch auch Möglichkeiten, im Zuge des Erweiterungsprozesses neue Tätigkeitsfelder zu erschließen (IFO-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, 2001).

b) Verarbeitendes Gewerbe

In der Oberpfalz waren im Jahr 2000 rd. 37 %, in der nördlichen Oberpfalz rd. 41 % der Beschäftigten im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau sowie Gewinnung von Steine und Erden) tätig. Im bayerischen Durchschnitt lag der Wert bei rd. 33 % (vgl. Abb. II 1/3). Um die Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes der nördlichen Oberpfalz näherungsweise beurteilen zu können, muss das Verarbeitende Gewerbe im Folgenden weiter differenziert werden.

Struktur des Verarbeitenden Gewerbes

Vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung werden im Untersuchungsraum human-, sachkapital- und F&E-intensive Industriezweige kurz- bis mittelfristig Vorteile, lohnkostensensible Industriezweige dagegen eher Anpassungsprobleme haben. Das ifo-Institut hat in seiner Studie die räumliche Verteilung der Industriezweige in Bayern auf Kreisebene untersucht (IFO-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, 2001). Humankapital-, sach- und F&E-intensive Industriezweige sind insbesondere in den Bereichen

- Kokerei,
- Mineralölverarbeitung,
- Herstellung von chemischen Produkten,
- Metallerzeugung,
- Maschinenbau,
- Herstellung von elektrotechnischen und optischen Produkten sowie

- Fahrzeugbau einschließlich Luft- und Raumfahrzeugbau zu finden.

In den meisten Kreisen Bayerns lag der Anteil der Beschäftigten in kapital- und technologieintensiven Industriezweigen mit großen Wettbewerbsvorteilen für deutsche Unternehmen unterhalb von 20 % (1998). Einen auffallend niedrigen Anteil von weniger als 1,5 % wies der Kreis Tirschenreuth auf, einen besonders hohen Anteil die kreisfreie Stadt Amberg mit über 30 % der Beschäftigten. Der hohe Anteil der Stadt Amberg ist insbesondere auf die große Bedeutung der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie des Maschinen- und Fahrzeugbaus zurückzuführen.

Zu den besonders lohnkostensensiblen Industriezweigen zählen Bereiche

- des Textil- und Bekleidungsgewerbes,
- des Holzgewerbes,
- der Herstellung von Keramikwaren,
- des Sektors Steine und Erden,
- der Herstellung von Metallerzeugnissen,
- der Herstellung von Schmuck u.ä. und
- der Herstellung von Musikinstrumenten.

Die höchsten Beschäftigtenanteile dieser Industriezweige befinden sich in Bayern entlang der deutsch-deutschen und deutsch-tschechischen Grenze. Im Untersuchungsraum hatten 1998 die Kreise Tirschenreuth, Amberg-Sulzbach sowie die kreisfreie Stadt Weiden i.d. OPf. besonders hohe Beschäftigtenanteile von über 30 % in diesen Zweigen zu verzeichnen.

Wenngleich die Wirtschaftsstruktur des Untersuchungsraumes grundsätzlich breit diversifiziert ist (VGL. AUCH WWW.CORIS-ONLINE.DE, UNIVERSITÄT REGENSBURG), so sind dennoch in den Kreisen und kreisfreien Städten der nördlichen Oberpfalz zum Teil hohe Beschäftigtenzahlen in Branchen festzustellen, die sich eher am Ende ihres Branchenlebenszyklus befinden und in der Folge unter erheblichen Anpassungsdruck stehen. So waren 2001 rd. 36 % der Beschäftigten der Stadt Weiden i.d. OPf. und des Kreises Tirschenreuth, rd. 19 % der Beschäftigten des Kreises Neustadt a.d. Waldnaab und rd. 16 % der Beschäftigten des Kreises Schwandorf in den Bereichen Glasgewerbe, Keramik sowie Verarbeitung von Steine und Erden tätig. Diese Industrien haben in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Strukturwandel, verbunden mit einem erheblichen Arbeitsplatzabbau, durchschritten. Ein Teil der Produktion wurde bereits in die Tschechische Republik verlagert. Eine Standortsicherung dieser Industrien in der nördlichen Oberpfalz ist nur dann langfristig möglich, wenn es ihnen gelingt, sich durch hohe technische Standards sowie Qualitäts- und Spezialprodukte (kleine Losgrößen) von der östlichen Konkurrenz abzuheben.

Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes

Der Wettbewerb um Unternehmen und Arbeitsplätze wird ohne Zweifel auf Grund globaler Entwicklungen weiter zunehmen. Technologische Entwicklungen vollziehen sich in immer schnelleren Zyklen. Vielfältige Anpassungsstrategien werden erforderlich, um zum einen bestehende Betriebe in ihrem Bemühen um Bestandssicherung zu unterstützen, zum anderen sollten bevorzugt gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, um neuen, zukunftsweisenden Betrieben aus wachstumsstarken Branchen gute Standortbedingungen zu bieten. Insbesondere auch Betriebe selbst sind gefordert, u.a. durch Investitionen in Maschinen und Personal, notwendige Anpassungen vorzunehmen. Ein Vergleich der bayerischen Regierungsbezirke zeigt jedoch im Jahr 2000 für die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes der nördlichen Oberpfalz ein stark unterdurchschnittliches Investitionsverhalten auf. Mit Ausnahme des Kreises Schwandorf liegen alle Werte der Kreise und kreisfreien Städte unter dem Durchschnittswert des Regierungsbezirkes und vor allem Bayers. Ein auffallend negatives Ergebnis erzielte die kreisfreie Stadt Weiden i.d. OPf., die sowohl im Jahr 2000 mit 2.755 Euro pro Beschäftigten nur rd. 50 % des Durchschnittswertes der Region Oberpfalz-Nord erreichte als auch im Zeitraum 1995 bis 2000 einen deutlichen Rückgang hinsichtlich der Investitionstätigkeit zu verzeichnen hatte (-37,8 %; vgl. Abb. II 1/6).

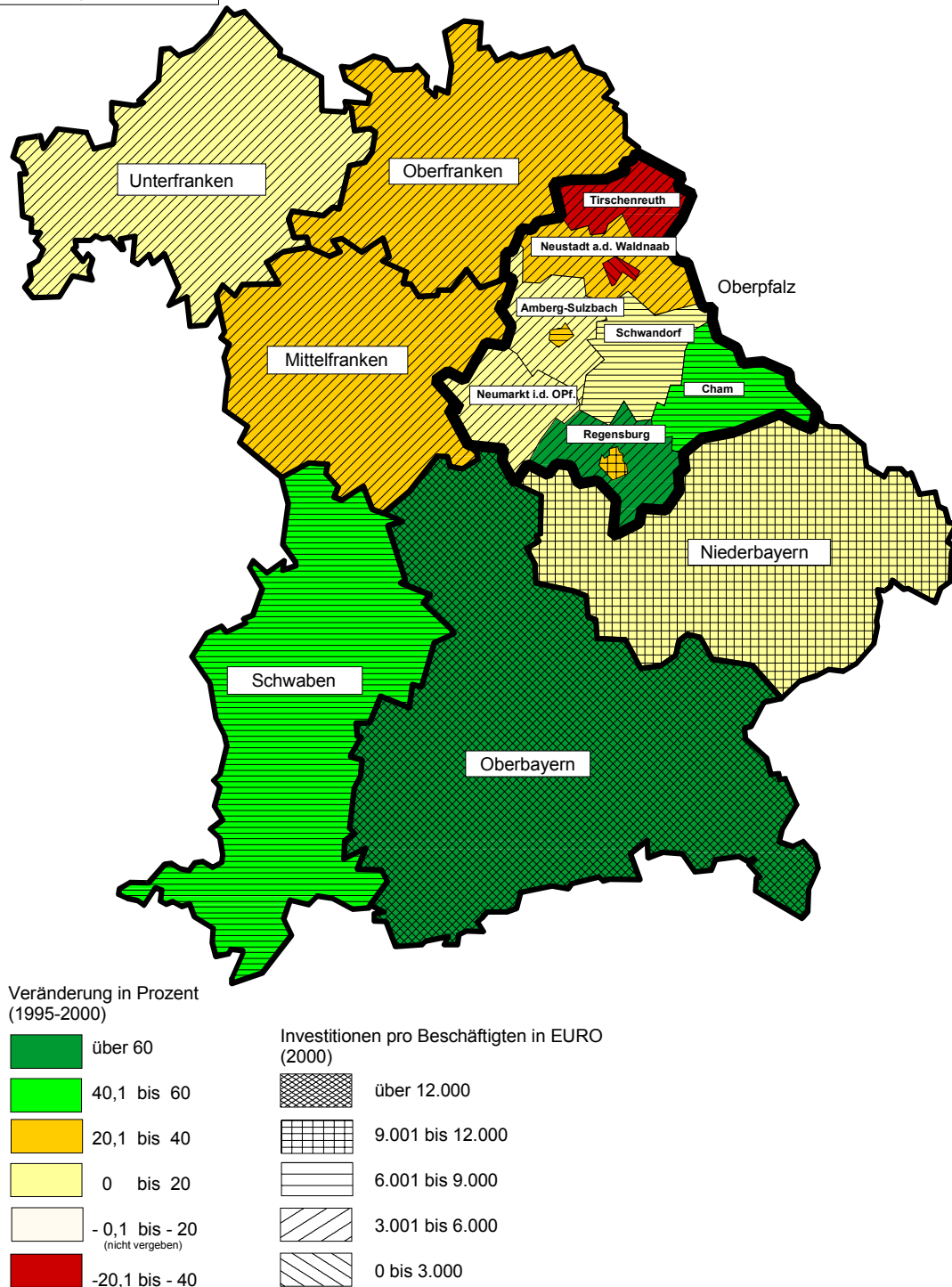
Fördergefälle

Dieses Ergebnis wiegt auf Grund des zu erwartenden Fördergefälles zwischen den alten und neuen Beitrittsstaaten der EU umso gravierender. Während die Tschechische Republik nach ihrem Beitritt Ziel-1-Fördergebiet werden und zukünftig umfangreich EU-Mittel erhalten wird (Höchstfördergebiet der EU), stehen dem Untersuchungsraum in erheblich geringerem Umfang Fördermittel für betriebliche Investitionen und Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur zur Verfügung.

Bezogen auf die Regionalförderung der EU zählen der größte Teil des Kreises Tirschenreuth sowie die östlichen Gemeinden der Kreise Neustadt a.d. Waldnaab und Schwandorf zum Ziel-2-Gebiet (Förderzeitraum 2000 bis 2006). Innerhalb dieses begrenzten Fördergebietes können u.a. betriebliche Investitionen, Infrastruktur- oder Forschungs- und Technologieprojekte finanziell unterstützt werden. Der übrige Untersuchungsraum mit Ausnahme der Städte Amberg und Weiden i.d. OPf. liegt im sog. „Phasing-Out-Gebiet“ und kann im Rahmen einer begrenzten, degressiv gestaffelten Auslaufförderung, die an die Ziel-2-Programmplanung angelehnt ist, für die Übergangszeit von 2000 bis 2005 ebenfalls mit EU-Mitteln gefördert werden.

Abb. II 1/6: Investitionen je Beschäftigten in den Kreisen und kreisfreien Städten des Untersuchungsraumes sowie in den bayerischen Regierungsbezirken

Teilraumgutachten A 6



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Darüber hinaus können zum Teil betriebliche Investitionen mit der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) bezuschusst werden. Die Fördergebietskulisse wurde in den letzten Jahren jedoch zunehmend eingeschränkt. In der nördlichen Oberpfalz ist seit der letzten Fördergebietsabgrenzung der GA nur noch der Kreis Tirschenreuth C-Fördergebiet. Hier gelten für gewerbliche Investitionen die Förderhöchstsätze von 18 % für große und 28 % für kleine und mittlere Unternehmen. Ab 2004 werden entsprechend des neuen Rahmenplans der GA (33) wieder Weiden i.d. OPf. sowie die Kreise Neustadt a.d. Waldnaab und Schwandorf zur Fördergebietskulisse zählen (E-Fördergebiet). Ab dann erhalten kleine Unternehmen unter 50 Beschäftigte und höchstens sieben Millionen Euro Jahresumsatz Investitionen mit bis zu 15 %, mittlere Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten Investitionen mit bis zu 7,5 % gefördert. Größere Unternehmen erhalten Fördermittel bis zu 100.000 Euro. Diese neue Entwicklung ist für Strukturanpassungsmaßnahmen der ansässigen Wirtschaft sowie für die Akquisition weiterer Unternehmen von zentraler Bedeutung.

Angesichts dieses Fördergefälles und des Umstandes, dass die bayerischen Grenzregionen durch ihre unmittelbare Nachbarschaft zu den MOEL die größten Anpassungsmaßnahmen zu treffen haben, wurde im Jahr 2001 zudem ein „Ertüchtigungsprogramm Ostbayern“ (Gesamtvolumen 100 Mio. Euro) erlassen, dass darauf abzielt, insbesondere betriebliche Investitionen und Unternehmensansiedlungen zu fördern.

Fazit:

Dem Bauhauptgewerbe wird auf Grund des Sachverhaltes, dass die Dienstleistungsfreiheit hier nicht unmittelbar nach Beitritt der MOEL in die EU zum Tragen kommt, eine gewisse Schonfrist eingeräumt. Spätestens aber im Jahr 2011 und damit 7 Jahre nach Beitritt der MOEL wird insbesondere die Baubranche auf Grund der großen Lohnkostenunterschiede unter erheblichen Anpassungsdruck geraten. Hiervon betroffen sind eine Vielzahl von Betrieben im Untersuchungsraum. Betriebe, die sich auf baubezogene Dienstleistungen und das Projektmanagement konzentrieren und zudem strategische Allianzen mit Betrieben aus den MOEL eingehen, können sich hingegen zusätzliche Absatzmöglichkeiten schaffen.

Der Untersuchungsraum ist durch einen vergleichsweise hohen Industriebesatz gekennzeichnet. Einerseits lassen sich u.a. mit der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie mit dem Maschinen- und Fahrzeugbau Industriezweige mit tendenziellen Wettbewerbsvorteilen gegenüber den MOEL identifizieren, andererseits hat eine Vielzahl der Beschäftigten einen Arbeitsplatz in lohnkostensensiblen Industriezweigen (Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steine und Erden), die bereits heute auf Grund des Lohnkostengefälles zu den MOEL unter erheblichen Anpassungsdruck stehen. Ein Hauptanliegen des Untersuchungsraumes muss es in der Folge sein, den Anteil der Beschäftigten in lohnkostensensiblen Branchen abzubauen. Es gilt, für zukunftsweisende Branchen unter Beachtung notwendiger Wertschöpfungs-

ketten gute Standortbedingungen vorzuhalten. Zudem bedarf es erheblicher Anstrengungen im unternehmerischen Bereich. Die in der nördlichen Oberpfalz eher geringe Investitionstätigkeit der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2000 stellt vor diesem Hintergrund ein wichtiges Warnsignal dar. Unter anderem durch gezielte Informationen über bestehende Förderprogramme sollten Unternehmen verstärkt zu Investitionen in modernste Produktionsanlagen angehalten werden.

1.3.4 Struktur und Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors

Der Anteil der Dienstleistungsarbeitsplätze an den Gesamtbeschäftigten hat in den letzten zehn Jahren im Untersuchungsraum um 10 %-Punkte zugenommen. Der Dienstleistungsbesatz (Beschäftigte im tertiären Sektor je 1.000 Einwohner) lag jedoch in der nördlichen Oberpfalz 2001 mit einem Wert von 154 noch deutlich unter den Werten des Regierungsbezirkes (177) und Bayerns (215). Dem weiteren Ausbau des Dienstleistungssektors sollte deshalb ein großes Gewicht im Rahmen der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung beigemessen werden.

Die EU-Beitrittsstaaten weisen im Dienstleistungssektor mittlerweile eine ähnliche Beschäftigtendichte wie die Länder der EU auf. Die Dienstleistungsstrukturen unterscheiden sich jedoch erheblich. In den Beitrittsstaaten dominieren traditionelle Dienstleistungen (u.a. Post- und Kurierdienste, Reinigungsdienste etc.), während Finanzdienstleistungen und humankapitalintensive unternehmensorientierte Dienstleistungen (Architekten, Ingenieure, Unternehmens-, Rechts- und Steuerberater, Marketingfachleute, Softwareproduzenten und –berater) bislang ein geringes Gewicht haben (PALME, G., 1998). Das Ifo-Institut erkennt für bayerische Anbieter zukünftig vor allem in den humankapitalintensiven Dienstleistungsbereichen Wettbewerbsvorteile. Zudem spielen Distanzkosten eine entscheidende Rolle (vgl. Tab. II 1/3). In den grenzfernen Regionen wird der Dienstleistungswettbewerb mit den MOEL auch nach Abbau internationaler Handelsbarrieren durch Distanzkosten begrenzt. Demgegenüber ist für die Regionen an der tschechischen Grenze davon auszugehen, dass es ebenfalls bei den nahabsatzorientierten Dienstleistungen (zu den nahabsatzorientierten Dienstleistungen zählen weite Teile des Einzelhandels, des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens, des Gastgewerbes, des Bankensektors, personenorientierter Dienstleistungen u.a.m.) zu einer erheblichen Zunahme des grenzüberschreitenden Handels kommen wird. Wichtige Teilbereiche der unternehmens- und personenorientierten Dienstleistungen werden daher nur auf regionaler oder lokaler Ebene gehandelt werden.

Tab. II 1/3: Klassifizierung des Dienstleistungssektors nach Wettbewerbsvorteilen und Distanzkosten

	Humankapitalarme Branchen mit geringer Sachkapitalintensität und geringen intangiblen¹⁾ Investitionen	Humankapitalreiche Branchen
Regional handelbare Dienstleistungen	▪ Tendenzielle Wettbewerbsnachteile bayerischer Anbieter ▪ Risiken sind distanzabhängig	▪ Tendenzielle Wettbewerbsvorteile bayerischer Anbieter ▪ Chancen sind distanzabhängig
Überregional handelbare Dienstleistungen	▪ Tendenzielle Wettbewerbsnachteile bayerischer Anbieter ▪ Risiken sind distanzunabhängig	▪ Wettbewerbsvorteile bayerischer Anbieter ▪ Chancen sind distanzunabhängig

¹⁾ Intangible Investitionen sind z.B. Investitionen in Marketing und Reputation

Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, EU-Osterweiterung - Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern, München, 2001

Fazit:

Die Humankapitalintensität ist auch im Bereich der Dienstleistungen ein entscheidendes Kriterium, um Unternehmen in Bezug auf ihre Wettbewerbsfähigkeit zu beurteilen. Unternehmen der nördlichen Oberpfalz haben gegenüber ihren Konkurrenten aus den neuen Beitrittsländern vor allem in Dienstleistungsbereichen tendenzielle Wettbewerbsvorteile, in denen sie über spezialisiertes Wissen verfügen. Dienstleistungen, die weniger auf spezielles Wissen und Qualifizierung aufbauen, sondern vor allem durch Lohnkosten bestimmt sind, können in der Regel durch Anbieter aus den MOEL günstiger angeboten werden. In der Folge bestehen für den Untersuchungsraum bzw. dort ansässige Unternehmen vor allem gute Chancen, sich im Bereich der humankapitalintensiven unternehmensnahen Dienstleistungen zusätzliche Absatzmöglichkeiten zu schaffen.

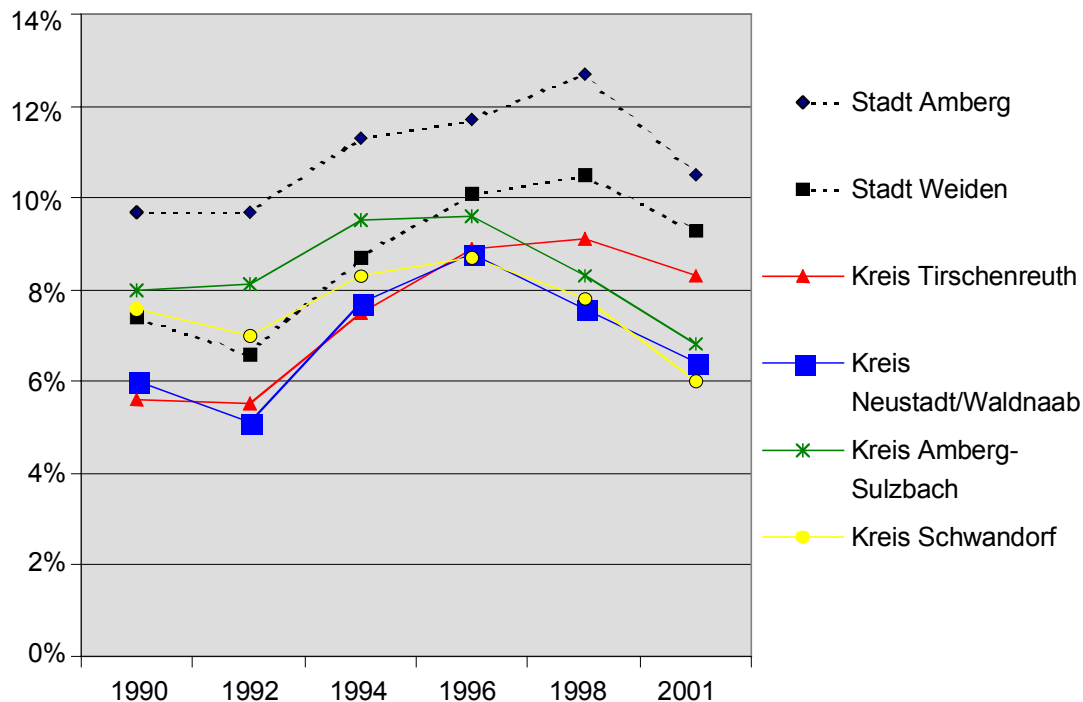
1.3.5 Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit und offene Stellen

Im Regierungsbezirk Oberpfalz lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2001 bei 7,0 % (bezogen auf abhängige Erwerbspersonen) und damit über dem bayerischen Durchschnittswert (6,0 %). Die Kreise Schwandorf (6,0 %), Neustadt a.d. Waldnaab (6,4 %) sowie Amberg-Sulzbach (6,8 %) konnten im Jahr 2001 im Vergleich zum Durchschnittswert des Regierungsbezirkes unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten erzielen, für die Oberzentren Amberg (10,5 %) und Weiden i.d. OPf. (9,3 %) sowie den Kreis Tirschenreuth (8,3 %) waren hingegen überdurchschnittliche Quoten festzustellen.

Während die Arbeitslosenquoten zwischen 1992 und 1996, in den kreisfreien Städten und im Kreis Tirschenreuth sogar bis 1998 kontinuierlich angestiegen sind, lassen sich seit 1998 wieder rückläufige Arbeitslosenquoten in den kreisfreien Städten und Kreisen des Makroportals feststellen (vgl. Abb. II 1/7).

Abb. II 1/7: Entwicklung der Arbeitslosenquoten in den Kreisen und kreisfreien Städten des Makroportals zwischen 1990 und 2001 (Jahresdurchschnitt, bezogen auf abhängige Beschäftigte)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Neben der Arbeitslosigkeit hat der ungedeckte Kräftebedarf als Arbeitsmarktpproblem seit einiger Zeit an Bedeutung gewonnen. Bezogen auf den Untersuchungsraum kann gegenwärtig nicht von einem generellen, gesamtwirtschaftlichen Krätemangel im Sinne von ausgeprägter Überbeschäftigung (= deutlich mehr offene Stellen als Arbeitssuchende) ausgegangen werden. Insofern soll an dieser Stelle auch nicht von Mangel, sondern nur von Kräftebedarf gesprochen werden. Unübersehbar sind jedoch regionale, branchen- und qualifikationsspezifische Engpässe. Wichtiger Indikator für einen ungedeckten Kräftebedarf ist der Bestand der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen bzw. die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen je gemeldeter offener Stelle. Der Bestand an gemeldeten offenen Stellen war im Arbeitsamtsbezirk Weiden im Jahr 2001 nahezu auf gleichem Niveau wie 1998, im Arbeitsamtsbezirk Schwandorf ist der Bestand in diesem Zeitraum um rd. 7 % angestiegen (vgl. Tab. II 1/4).

Tab. II 1/4: Bestand an Arbeitslosen und offenen Stellen in den Arbeitsamtsbezirken Weiden und Schwandorf (1998 bis 2001)

Jahresdurchschnitt	Arbeitsamt Weiden		Arbeitsamt Schwandorf	
	Arbeitslose (Bestand)	Offene Stellen (Bestand)	Arbeitslose (Bestand)	Offene Stellen (Bestand)
1998	7.444	1.225	15.413	2.050
1999	7.257	1.040	14.397	1.982
2000	6.779	1.332	13.207	2.534
2001	7.017	1.220	13.358	2.198

Quelle: Arbeitsämter Weiden und Schwandorf

Laut einer repräsentativen Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) aus dem Jahr 2000 wird jedoch nur etwa jede dritte Stelle (35,8 %) in Westdeutschland den Arbeitsämtern gemeldet. Zudem ist auch die Zahl der Arbeitslosen nur begrenzt aussagefähig. Den Werten muss ebenfalls eine sog. „stille Reserve“ zugerechnet werden. Nach Erfahrungswerten des IAB kommt auf zwei registrierte Arbeitslose in der Regel eine Person aus der stillen Reserve. Bei einer Gegenüberstellung sind demzufolge sowohl die stille Reserve als auch die den Arbeitsämtern nicht gemeldeten offenen Stellen zu berücksichtigen. Übertragen auf die beiden relevanten Arbeitsamtsbezirke bedeutet dies, dass im Arbeitsamtsbezirk Weiden im Jahr 2001 rd. 3.400 Stellenangebote auf rd. 10.525 Arbeitslose bzw. 3,1 Erwerbslosen auf eine Beschäftigungsmöglichkeit trafen. Im Arbeitsamtsbezirk Schwandorf trafen hingegen rd. 6.140 Stellenangebote auf rd. 20.000 Arbeitslose (Relation 1 : 3,3).

Fazit:

Im Ergebnis ist demzufolge keine generelle Kräfteknappheit festzustellen. Diese Frage kann jedoch nicht ausschließlich anhand einer Gegenüberstellung von Arbeitslosen und offenen Stellen und damit quantitativ einer Bewertung zugeführt werden. Vielmehr lassen sich trotz hoher Arbeitslosigkeit Probleme bei der Besetzung von Stellen in bestimmten Branchen und Berufen bereits heute erkennen. Ergebnisse verschiedener Umfragen und Untersuchungen von Kammern und Wirtschaftsverbänden Bayerns zeigen, dass in erster Linie (hoch-) qualifizierte Arbeitskräfte gesucht werden und mangelnde bzw. nicht geeignete Qualifikationen eines der Haupthindernisse bei der Besetzung der offenen Stellen darstellt. Bedarf besteht dabei zum einen an Fachkräften mit beruflicher Ausbildung, zum anderen an Fachkräften mit (Fach-) Hochschulausbildung. Bezüglich der Anforderungen an die Qualifikation wird sich die Struktur der Arbeitskräftenachfrage erheblich zu Lasten einfacher und zugunsten hochwertigerer Qualifikationsprofile verschieben. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass das Erwerbspersonenpotenzial etwa ab 2015 auch in Bayern zu sinken beginnt, kommt es darauf an, die nachwachsende Generation so effizient wie möglich auf den absehbaren Bedarf der Wirtschaft hin auszubilden und Fehlqualifikationen zu vermeiden. Speziell im naturwissenschaftlich-technischen Bereich müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um mittelfristig einen entsprechenden Kräftenachwuchs zu sichern. Neben Instrumenten, die darauf abzielen, das vorhandene Kräfteangebot mit dem Kräftebedarf besser in Ü-

bereinstimmung zu bringen (u.a. Qualifizierungsmaßnahmen), bestehen darüber hinaus Möglichkeiten, das Kräfteangebot insgesamt zu erhöhen. Ein mögliches Aktionsfeld ist die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland (BESCHÄFTIGUNGSPAKT BAYERN, 2001). In diesem Zusammenhang bietet die bevorstehende EU-Osterweiterung dem Untersuchungsraum gute Möglichkeiten für die Anwerbung von Fachkräften, die in der Region selbst nicht vorhanden sind bzw. aktiviert werden können. Die Anwerbung von Arbeitnehmern aus den MOEL sollte sich jedoch auf (Spitzen-) Qualifikationen beschränken, die Engpassfaktoren für die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft darstellen.

1.3.6 Migrations- und Pendlerpotenzial aus den mittel- und osteuropäischen Staaten

Migrationspotenzial

Nach dem Beitritt der MOE-Staaten wird das Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Dauer auch den Bürgern der neuen Mitgliedsstaaten gewährt werden. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit wird den Arbeitnehmern der MOEL jedoch nicht ab Mai 2004 eingeräumt. Vielmehr wurden Übergangsregelungen getroffen, die es den alten Mitgliedsstaaten erlauben, bis zu sieben Jahre die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu begrenzen. In diesen sieben Jahren (Übergangsphase) muss es den heutigen Mitgliedsstaaten gelingen, den rechtlich möglichen Übergangsrahmen durch nationale Regelungen auszufüllen, die eine flexible Differenzierung nach Sektoren und Regionen gewährleisten und der regionalen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen.

Der zu erwartende Umfang an Wanderungsbewegungen zwischen den neuen Beitrittsländern und Bayern wurde vom ifo-Institut im Rahmen der Studie „EU-Osterweiterung – Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern“ mit untersucht. Das Institut kommt zu dem Ergebnis, dass drei Jahre nach Gewährung der EU-Zugehörigkeit und der Arbeitnehmerfreizügigkeit mindestens eine Million Migranten aus den Beitrittsstaaten in Deutschland leben werden, von denen über 200.000 auf Bayern entfallen. Nach zehn Jahren steigt der Bestand in Bayern auf 490.000 bis 570.000 Personen an, nach 15 Jahren werden in Bayern zwischen 590.000 und 760.000 Migranten leben. Diese Werte beziehen sich auf die Wohnbevölkerung und nicht auf die geringeren Erwerbspersonenzahlen. Je nach Grad des wirtschaftlichen Aufholprozesses werden für die vier Grenzregionen bis zu 150.000 Migranten aus den fünf Beitrittsländern erwartet (15 Jahre nach EU-Beitritt). Für den Untersuchungsraum (Oberpfalz-Nord) werden bis zu 26.100 Zuwanderer, insbesondere aus der Tschechischen Republik, Polen und Rumänien prognostiziert. Für den regionalen Arbeitsmarkt von Bedeutung ist zudem der Umstand, dass unter den Zuwanderern junge Migranten überproportional vertreten sein dürften, deren durchschnittliches Qualifikationsniveau relativ hoch anzusetzen ist (IFO-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, 2001).

Pendlerpotenzial

Neben der Migration wird der Untersuchungsraum zukünftig verstärkt von grenzüberschreitenden Pendlerverflechtungen betroffen sein. In der Folge könnte sich das Arbeitskräfteangebot in der nördlichen Oberpfalz spürbar erhöhen und zum Teil zur Verdrängung heimischer Arbeitskräfte und zu einer Erosion des regionalen Lohnniveaus führen. Bevor die Arbeitnehmerfreizügigkeit jedoch in vollem Umfang zum Tragen kommt, darf außerhalb Deutschlands wohnenden Ausländern, die zum Zwecke der Arbeitsaufnahme einreisen wollen, grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis erteilt werden. Hier gibt es jedoch verschiedene Ausnahmen. Für den Untersuchungsraum von besonderer Bedeutung sind die sog. Grenzarbeitnehmer. So kann Staatsangehörigen eines an Deutschland angrenzenden Staates für eine mehr als geringfügige Beschäftigung innerhalb festgelegter Grenzzonen eine Arbeitserlaubnis erteilt werden, wenn sie nach täglich verrichteter Arbeit in ihren Heimatstaat zurückkehren oder für eine auf längstens zwei Tage in der Woche begrenzte Beschäftigung in der Grenzzone verweilen und bevorrechtigte Arbeitnehmer nicht zur Verfügung stehen (Inländervorrang). Die Grenzgängerregelung gilt für alle Kreise und kreisfreien Städte der nördlichen Oberpfalz (vgl. §6, Abs. 1 Anwerbestoppausnahmemverordnung). Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit umfasste das Pendleraufkommen 1999 3.150 Personen, von denen 790 Personen aus Polen und 2.460 Personen aus der Tschechischen Republik stammten.

Nach Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit würde jedoch der Inländervorrang entfallen, d.h. spätestens ab 2011 nach Ablauf der Übergangsphase ist mit einem erheblich höheren Pendleraufkommen zu rechnen. Ganz grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass der Zeitpunkt der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit das Ausmaß des Pendlerpotenzials wesentlich beeinflussen wird. Je später dieses erfolgt, um so geringer dürften Einkommensgefälle und damit Pendlerpotenzial sein. Das Pendlerpotenzial aus dem tschechischen Grenzraum in die bayerischen Raumordnungsregionen wurde vom ifo-Institut geschätzt (vgl. Tab. II 1/5), wobei hier von einem Einkommensunterschied zwischen dem tschechischen Grenzraum gegenüber den bayerischen Raumordnungsregionen von eins zu acht ausgegangen wurde. Insgesamt wird für Bayern von einem Pendlerpotenzial von rd. 46.000 Personen ausgegangen, wobei diese im Schwerpunkt in den Verdichtungsraum München und in die nördliche Oberpfalz pendeln werden. Bezogen auf die Bevölkerung und die Beschäftigten wird der Untersuchungsraum, die Raumordnungsregion Oberpfalz-Nord, am stärksten von den Pendlerbeziehungen betroffen sein. Will man den Arbeitsmarkt nicht wesentlich durch die bevorstehende EU-Osterweiterung belasten, so ist es für die nördliche Oberpfalz wichtig, eine gesteuerte Zuwanderung von Berufspendlern, vor allem mit hohen, nicht in der Region zur Verfügung stehenden Qualifikationen, anzustreben (ISF MÜNCHEN, 2002).

Tab. II 1/5: Pendlerpotenzial aus dem tschechischen Grenzraum in die bayerischen Raumordnungsregionen nach Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit

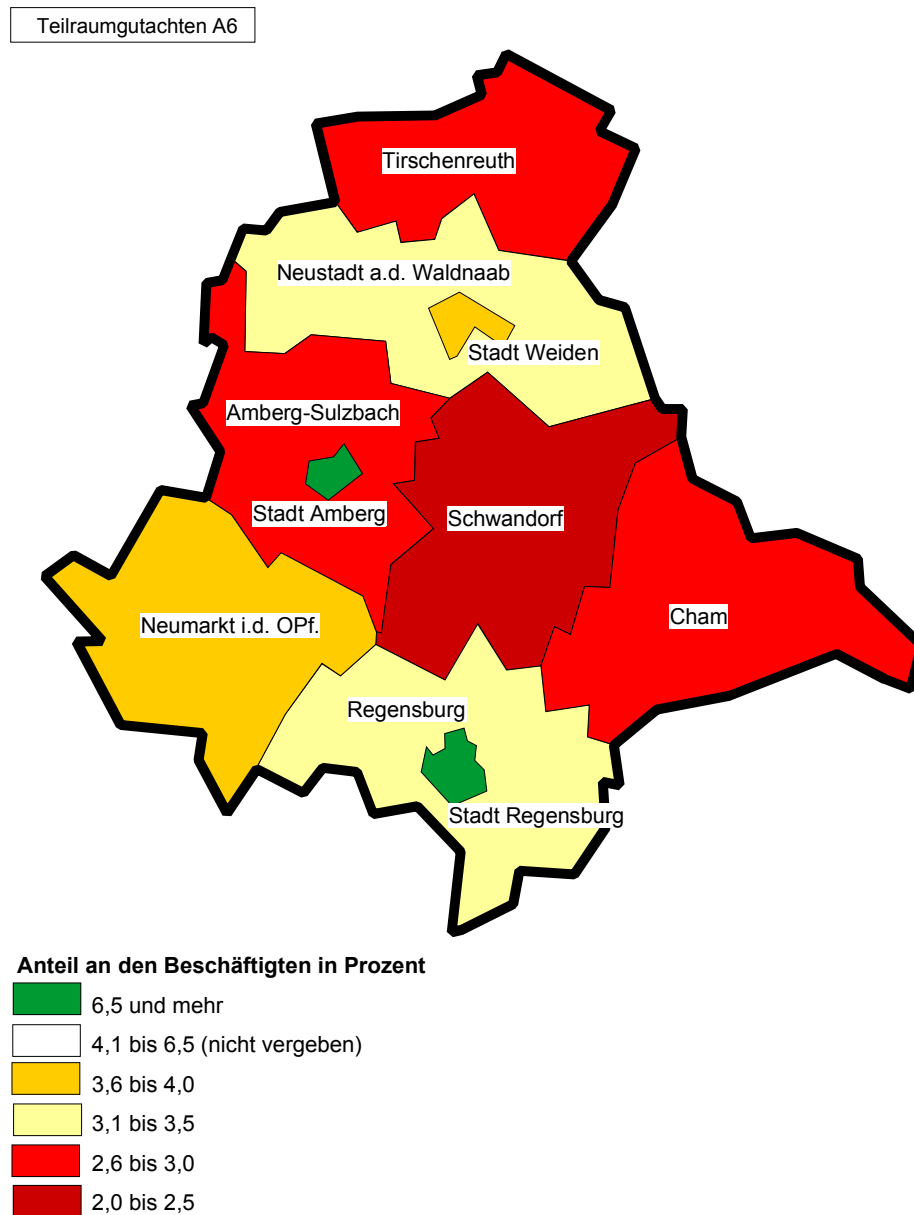
Raumordnungsregion (ROR)	Bevölkerung i.d. ROR (in Tsd.)	Pendler (absolut)	Anteil an der Bevölkerung der ROR	Anteil an den Beschäftigten der ROR
Oberfranken-West	602,6	3138	0,52	1,52
Oberfranken-Ost	511,1	3640	0,71	2,04
Oberpfalz-Nord	515,9	7061	1,37	4,48
Industrieregion Mittelfranken	1.265,20	6442	0,51	1,28
Augsburg	828,6	2424	0,29	0,91
Ingolstadt	423,9	1816	0,43	1,33
Regensburg	655,6	4788	0,73	2,21
Donau-Wald	650,2	6470	1,00	3,27
Landshut	401,3	2403	0,60	1,83
München	2.391,00	7782	0,33	0,78
Insgesamt	8.245,40	45.964	0,56	1,53

Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, EU-Osterweiterung - Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern, München, 2001

1.3.7 Qualifikation der Beschäftigten

Die Ausführungen in den vergangenen Kapiteln belegen, dass der Untersuchungsraum vor allem in humankapital- und F&E-intensiven Bereichen des primären, sekundären und tertiären Sektors tendenzielle Wettbewerbsvorteile gegenüber den neuen Beitrittsstaaten besitzt. Um diesen Wettbewerbsvorsprung halten und ausbauen zu können, kommt der Qualifikation der Beschäftigten eine herausragende Bedeutung zu (ROSENFELD, M., 2001).

Im Jahr 2001 lag der Beschäftigtenanteil der Hochqualifizierten (Beschäftigte mit Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhochschule und Hochschule) im Untersuchungsraum mit 3,5 % deutlich niedriger als im Regierungsbezirk Oberpfalz (5,3 %) und in Bayern (8,4 %). Während die kreisfreie Stadt Amberg einen relativ hohen Anteilswert mit 6,6 % verzeichnete, wiesen die Hochqualifizierten in den Kreisen Schwandorf (2,5 %), Tirschenreuth (2,7 %) und Amberg-Sulzbach (2,8 %) einen vergleichsweise geringen Anteilswert auf. Die Werte der kreisfreien Stadt Weiden i.d. OPf. und des Kreises Neustadt a.d. Waldnaab lagen bei 3,7 % und 3,4 % (vgl. Abb. II 1/8).

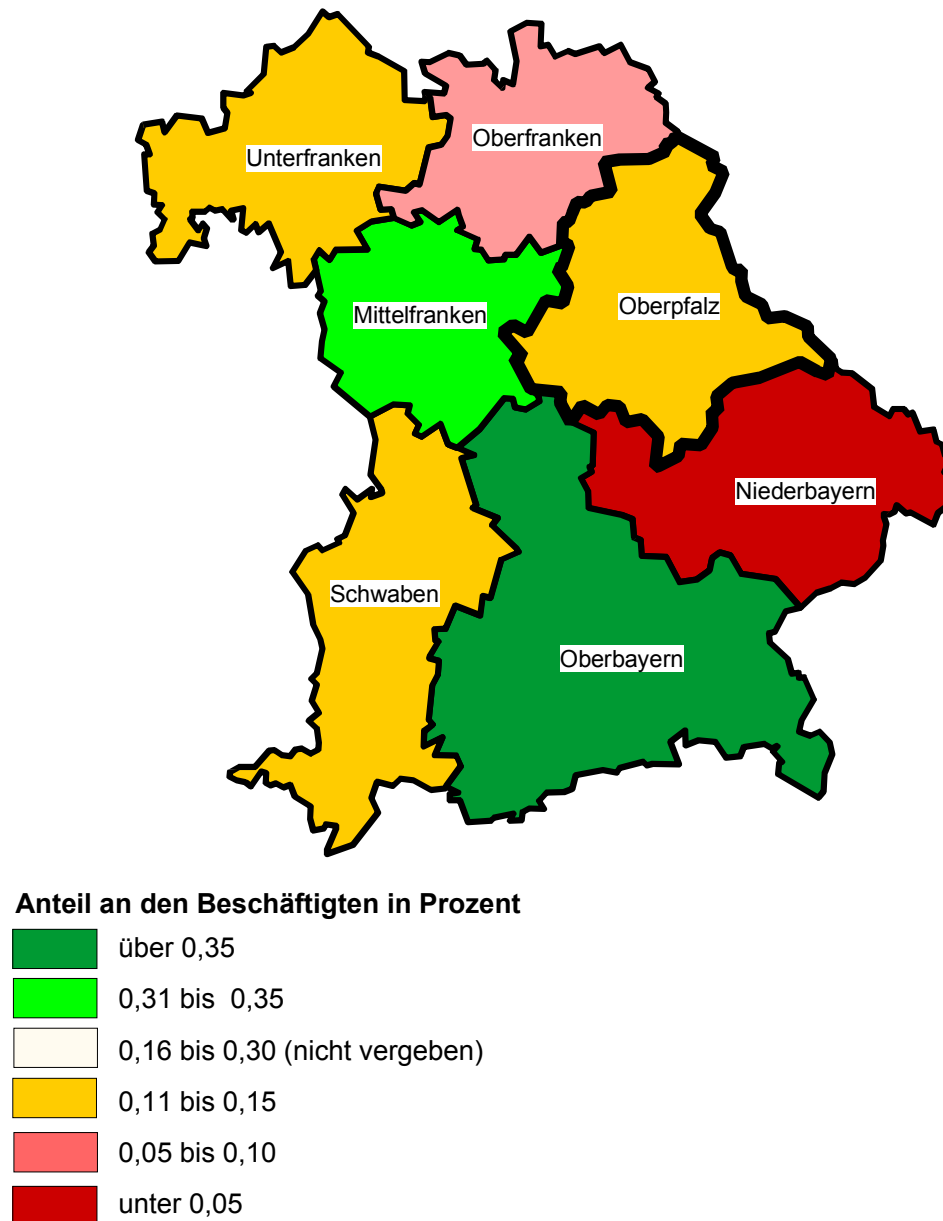
Abb. II 1/8: Anteil der Hochqualifizierten an den Beschäftigten 2001


Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Von den rd. 360.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Regierungsbezirk Oberpfalz waren im Jahr 2001 0,1 % der Hochqualifizierten im Bereich Forschung und Entwicklung tätig (SONDERZIEHUNG DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT, WERTE FÜR DIE KREISFREIEN STÄDTE UND KREISE DES UNTERSUCHUNGSRAMES LIEGEN NICHT VOR). Da ein hoher Anteil der F&E-Beschäftigten des Regierungsbezirkes einen Arbeitsplatz in der Stadt Regensburg hat, liegt der Wert in der nördlichen Oberpfalz deutlich niedriger. Der bayerische Durchschnittswert lag bei 0,34 %. In Bayern sind es insbesondere die Regierungsbezirke Oberbayern (0,65 %) und Mittelfranken (0,32), die einen relativ hohen Anteil an F&E-Beschäftigten aufweisen (vgl. Abb. II 1/9).

Abb. II 1/9: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im F&E-Bereich 2001

Teilraumgutachten A 6



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Fazit:

Der relativ niedrige Anteil der Hochqualifizierten im Untersuchungsraum verdeutlicht die Notwendigkeit, dass zukünftig bevorzugt die Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte vorangetrieben werden muss. Die Qualifikation deutscher Arbeitnehmer wird nach wie vor als der zentrale Standortvorteil gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten bewertet. Der Sachverhalt, dass die Tschechische Republik als direkt angrenzender Staat über ein im internationalen Vergleich gutes Bildungssystem ver-

fügt (IFO-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, 2001), verdeutlicht die Notwendigkeit von Qualifizierungsmaßnahmen im Untersuchungsraum. Die Errichtung der Fachhochschule Amberg-Weiden (s. Kapitel B 1.3.8) kann in diesem Zusammenhang als eine der wichtigsten strukturfördernden Maßnahmen der 90er-Jahre bewertet werden.

1.3.8 Infrastruktur im Bereich Wissenschaft und Forschung sowie Gründerzentren

Im Folgenden sollen zentrale Einrichtungen der Bereiche Wissenschaft und Forschung in der nördlichen Oberpfalz kurz aufgezeigt werden, da diese für die Generierung und Adaption von Prozess- und Produktinnovationen von zentraler Bedeutung sind.

a) Fachhochschule Amberg-Weiden

Die Fachhochschule Amberg-Weiden hat ihren Lehrbetrieb 1995 mit insgesamt sieben Studiengängen in Amberg und Weiden aufgenommen. Mit dieser Ansiedlung wurde die nördliche Oberpfalz in die Lage versetzt, zum einen hochqualifizierte Arbeitskräfte selbst auszubilden und zum anderen den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Forschung voranzutreiben. Der FH-Doppelstandort ist auf 1.500 Studierende ausgerichtet, wobei dieses Ausbauziel nach rd. acht Jahren Bestehen der FH bereits nahezu erfüllt ist. Auf Grund der räumlichen Strukturen am Standort Amberg besteht jedoch noch weiterer Ausbauspielraum. Die FH Amberg-Weiden zählte im März 2003 bereits über 100 Absolventen, die zu rd. 80 % einen Arbeitsplatz in der Oberpfalz angenommen haben. Damit ist ein wichtiges Ziel, die Bindung der Hochqualifizierten an die Region, im Wesentlichen erreicht worden. In die gleiche Richtung zielt die an der Fachhochschule angesiedelte Gründerberatungsstelle, die Firmengründungen von FH-Absolventen im Schwerpunkt unterstützen soll.

Darüber hinaus ist die Fachhochschule zur Erreichung eines umfassenden Technologietransfers bereits zahlreiche Kooperationen mit der ansässigen Wirtschaft eingegangen:

- Durchführung zahlreicher Workshops für Unternehmen und deren Mitarbeiter im Bereich neuer technologischer Entwicklungen in Zusammenarbeit mit der IHK Regensburg und der HWK Niederbayern-Oberpfalz,
- Bearbeitung von vier Forschungsprojekten im Rahmen der High-Tech-Offensive Bayern in enger Zusammenarbeit mit der regionalen Industrie,
- Bearbeitung einer Vielzahl gemeinsamer Projekte des Wissens- und Technologietransfers in Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft u.a.m.

Unternehmen der nördlichen Oberpfalz haben zudem mit dem an der FH angegliederten Fremdsprachenzentrum sowie dem Zentrum für Weiterbildung die Chance,

speziell auf ihre betrieblichen Erfordernisse hin ausgerichtete Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. So bietet das Fremdsprachenzentrum u.a. Englisch-Tschechisch-Kurse an, die zur Überwindung der Sprachbarrieren beitragen können.

Die Fachhochschule leistet ferner durch eigene Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen der EU-Beitrittsstaaten sowie durch die Unterstützung von Unternehmens-Kooperationen durch den Aufbau einer grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Unternehmensdatenbank zwischen der nördlichen Oberpfalz und Nordwestböhmen einen wichtigen Beitrag zum Prozess der Integration der MOE-Länder.

b) Forschungseinrichtungen

Hinsichtlich der angewandten Forschungseinrichtungen ist neben der Fachhochschule insbesondere das 1990 als Stiftung errichtete Applikations- und Technikzentrum für Energieverfahrens-, Umwelt- und Strömungstechnik (ATZ-EVUS) in Sulzbach-Rosenberg von großer Bedeutung. Die Forschungseinrichtung, die eng mit der Fachhochschule zusammen arbeitet, betreibt angewandte Forschung auf den Gebieten Energie, Umwelt/Recycling und Metallurgie/Werkstoffe.

c) Gründerzentren

In der nördlichen Oberpfalz wurden vier Gründerzentren (Waldsassen, Maxhütte-Haidhof, Sulzbach-Rosenberg, Grafenwöhr) eingerichtet, die auf Grund verschiedener Rahmenbedingungen unterschiedliche Belegungsquoten verzeichnen. In allen Zentren stehen noch Flächen für Existenzgründer zur Verfügung. Für den Erfolg von Jungunternehmen ist eine enge Zusammenarbeit mit angewandten Forschungseinrichtungen, Institutionen und Verbänden in der Region notwendig.

Fazit:

Leistungsfähige Bildungs- und Forschungseinrichtungen gewinnen an Stellenwert für die Wirtschaft. Neben der Bereitstellung neuen Wissens und neuer Verfahren für betriebliche Innovationsprozesse stellen sie Humankapital in Form von Absolventen und Mitarbeitern bereit. Entscheidend ist jedoch die Vernetzung der Angebote der Einrichtungen, um hohe Synergieeffekte zu erreichen bzw. Streuverluste zu vermeiden. Das Leistungsspektrum der Einrichtungen muss den Betrieben jedoch noch stärker bekannt gemacht werden. Insbesondere rechtlich selbstständige kleine und mittlere Unternehmen profitieren von der Zusammenarbeit mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, bemängeln jedoch häufig eine unzureichende Informationspolitik.

1.4 Zusammenfassung und Ausblick

Beschäftigtenentwicklung/-quoten

- Der Untersuchungsraum war zwischen 1991 und 2001 durch negative Beschäftigtenentwicklungen in den nördlichen Kreisen und in der Stadt Amberg sowie durch positive in den südlichen Kreisen geprägt. In der Stadt Weiden blieb die Beschäftigtenzahl in diesem Zeitraum stabil.
- Mit der Schließung der Neuen Maxhütte (NMH) in Sulzbach-Rosenberg gingen dem Kreis Amberg-Sulzbach über 850 direkte und zahlreiche weitere nachgelagerte Arbeitsplätze verloren, so dass auch Amberg-Sulzbach und hier insbesondere die Stadt Sulzbach-Rosenberg mit der Schließung der NMH einen deutlichen Einbruch bei den Beschäftigtenzahlen hin zu nehmen hatte. Mindestens ein Drittel dieser ehemaligen Beschäftigten wird nicht wieder vermittelbar sein, so dass in absehbarer Zeit eine weiteren Erhöhung der Sockelarbeitslosigkeit in diesem Raum eintritt.
- Die Beschäftigtenquoten verdeutlichen, dass innerhalb des Mikroportals eindeutige Arbeitsplatzschwerpunkträume bestehen. So weist einerseits der Raum Sulzbach-Rosenberg und Amberg hohe Arbeitsplatzzentralitäten auf. Andererseits sind es die Standorte Wernberg-Köblitz und Nabburg, die im Mikroportal eine regional bedeutsame Funktion als Arbeitsplatzanbieter haben. Wernberg-Köblitz und Nabburg ist es offenbar gelungen, von der Lagegunst an der BAB 93 zu profitieren. Mit der Fertigstellung der BAB 6 wird sich die Lagegunst der Städte und Gemeinden im Schnittpunkt zweier Autobahnen weiter verbessern und einen Kristallisationskern für künftige gewerbliche Entwicklungen herausbilden.

Landwirtschaft

- Die Analysen dokumentieren den anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft. Eine weitere Flächenkonzentration einhergehend mit einer Abnahme der Betriebe ist zu erwarten.
- Im Vergleich zur Tschechischen Republik lässt sich für die landwirtschaftlichen Betriebe in der nördlichen Oberpfalz ein erheblicher Leistungsvorsprung konstatieren. Landwirtschaftliche Betriebe in der Tschechischen Republik haben im Bereich der Produktion, des Aufbaus funktionierender Erzeugergemeinschaften und Absatzwege noch erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um mit westlichen Standards Schritt halten zu können. In der Folge lassen sich für Betriebe des Untersuchungsraumes mit der Grenzöffnung eher Chancen als Risiken vermuten.
- Insbesondere landwirtschaftliche Betriebe, die im Nebenerwerb geführt werden, sollten vermehrt eine Diversifizierung in der Einkommenserzielung erreichen. So könnten landwirtschaftliche Betriebe zukünftig stärker landespflegerische Aufgaben übernehmen, die mit der Zunahme des Fremdenverkehrs in der Region an

Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der zusätzlichen Einkommenserzielung durch Vorhaltung touristischer Angebote wie „Urlaub auf dem Bauerhof“. Zudem kann mit der Einführung und dem Ausbau der Direktvermarktung ein direkter Beitrag zur Einkommenssicherung geleistet werden.

Bauhauptgewerbe

- Spätestens im Jahr 2011 mit Einführung der Dienstleistungsfreiheit wird insbesondere die Baubranche auf Grund der großen Lohnkostenunterschiede im Vergleich zur Tschechischen Republik unter erheblichen Anpassungsdruck geraten. Hiervon betroffen sind eine Vielzahl von Betrieben im Untersuchungsraum. Betriebe, die sich auf baubezogene Dienstleistungen und das Projektmanagement konzentrieren und zudem strategische Allianzen mit Betrieben aus den MOEL eingehen, können sich hingegen zusätzliche Absatzmöglichkeiten schaffen.

Verarbeitendes Gewerbe

- Der Untersuchungsraum ist durch einen vergleichsweise hohen Industriebesatz gekennzeichnet. Einerseits lassen sich u.a. mit der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie mit dem Maschinen- und Fahrzeugbau Industriezweige mit tendenziellen Wettbewerbsvorteilen gegenüber den MOEL identifizieren, andererseits hat eine Vielzahl der Beschäftigten einen Arbeitsplatz in lohnkostensensiblen Industriezweigen (Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steine und Erden), die bereits heute auf Grund des Lohnkostengefälles zu den MOEL unter erheblichen Anpassungsdruck stehen. Ein Hauptanliegen des Untersuchungsraumes muss es in der Folge sein, den Anteil der Beschäftigten in lohnkostensensiblen Branchen abzubauen. Es gilt, für zukunftsweisende Branchen unter Beachtung notwendiger Wertschöpfungsketten gute Standortbedingungen vorzuhalten. Zudem bedarf es erheblicher Anstrengungen im unternehmerischen Bereich. Die in der nördlichen Oberpfalz eher geringe Investitionstätigkeit der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2000 stellt vor diesem Hintergrund ein wichtiges Warnsignal dar. Unter anderem durch gezielte Informationen über bestehende Förderprogramme sollten Unternehmen verstärkt zu Investitionen in modernste Produktionsanlagen angehalten werden.

Dienstleistungen

- Unternehmen der nördlichen Oberpfalz haben gegenüber ihren Konkurrenten aus den neuen Beitrittsländern vor allem in Dienstleistungsbereichen tendenzielle Wettbewerbsvorteile, in denen sie über spezialisiertes Wissen verfügen. Dienstleistungen, die weniger auf spezielles Wissen und Qualifizierung aufbauen, sondern vor allem durch Lohnkosten bestimmt sind, können in der Regel durch Anbieter aus den MOEL günstiger angeboten werden. In der Folge bestehen für den Untersuchungsraum bzw. dort ansässige Unternehmen vor allem

gute Chancen, sich im Bereich der humankapitalintensiven unternehmensnahen Dienstleistungen zusätzliche Absatzmöglichkeiten zu schaffen.

Verfügbarkeit von Arbeitskräften

- Im Ergebnis ist keine generelle Kräfteknappheit festzustellen. Trotz hoher Arbeitslosigkeit lassen sich jedoch Probleme bei der Besetzung von Stellen in bestimmten Branchen und Berufen erkennen. Empirische Studien belegen, dass in erster Linie (hoch-) qualifizierte Arbeitskräfte gesucht werden und mangelnde bzw. nicht geeignete Qualifikationen eines der Haupthindernisse bei der Besetzung der offenen Stellen darstellt. Bedarf besteht dabei zum einen an Fachkräften mit beruflicher Ausbildung, zum anderen an Fachkräften mit (Fach-) Hochschulausbildung. Bezüglich der Anforderungen an die Qualifikation wird sich die Struktur der Arbeitskräftenachfrage erheblich zu Lasten einfacher und zugunsten hochwertigerer Qualifikationsprofile verschieben. Speziell im naturwissenschaftlich-technischen Bereich müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um mittelfristig einen entsprechenden Kräftenachwuchs zu sichern. Ein mögliches Aktionsfeld ist die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland. In diesem Zusammenhang bietet die bevorstehende EU-Osterweiterung dem Untersuchungsraum gute Möglichkeiten für die Anwerbung von Fachkräften, die in der Region selbst nicht vorhanden sind bzw. aktiviert werden können. Die Anwerbung von Arbeitnehmern aus den MOEL sollte sich jedoch auf (Spitzen-) Qualifikationen beschränken, die Engpassfaktoren für die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft darstellen.

Qualifikation der Beschäftigten

- Der relativ niedrige Anteil der Hochqualifizierten im Untersuchungsraum verdeutlicht die Notwendigkeit, dass zukünftig bevorzugt die Aus- und Weiterbildung qualifizierter Arbeitskräfte vorangetrieben werden muss. Die Qualifikation deutscher Arbeitnehmer wird nach wie vor als der zentrale Standortvorteil gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten bewertet. Der Sachverhalt, dass die Tschechische Republik als direkt angrenzender Staat über ein im internationalen Vergleich gutes Bildungssystem verfügt, verdeutlicht die Notwendigkeit von Qualifizierungsmaßnahmen im Untersuchungsraum. Die Errichtung der Fachhochschule Amberg-Weiden kann in diesem Zusammenhang als eine der wichtigsten strukturfördernden Maßnahmen der 90er-Jahre bewertet werden.

Bildungs- und Forschungseinrichtungen

- Mit der Fachhochschule Amberg-Weiden sowie dem Applikations- und Technikzentrum für Energieverfahrens-, Umwelt- und Strömungstechnik (ATZ-EVUS) in Sulzbach-Rosenberg verfügt der Untersuchungsraum über leistungsfähige Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Um diese Einrichtungen noch besser in Wert zu setzen, sollte das Leistungsspektrum der Einrichtungen den Betrieben

verstärkt bekannt gemacht werden. Insbesondere rechtlich selbstständige kleine und mittlere Unternehmen profitieren von der Zusammenarbeit mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, bemängeln jedoch häufig eine unzureichende Informationspolitik.

Abbildungsverzeichnis

- Abb. II 1/1: Entwicklung der Beschäftigten im Untersuchungsraum zwischen 1991 und 2001
- Abb. II 1/2: Arbeitsplatzzentralität (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro Einwohner am 31.12.2001)
- Abb. II 1/3: Anteil der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren im Untersuchungsraum 2000
- Abb. II 1/4: Landwirtschaftliche Betriebe nach Betriebsgrößen in Bayern
- Abb. II 1/5: Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Beschäftigten pro 1000 Einwohner im Mikro- und Makroportal 1999
- Abb. II 1/6: Investitionen je Beschäftigten in den Kreisen und kreisfreien Städten des Untersuchungsraumes sowie in den bayerischen Regierungsbezirken
- Abb. II 1/7: Entwicklung der Arbeitslosenquoten in den Kreisen und kreisfreien Städten des Makroportals zwischen 1990 und 2001 (Jahresdurchschnitt, bezogen auf abhängige Beschäftigte)
- Abb. II 1/8: Anteil der Hochqualifizierten an den Beschäftigten 2001
- Abb. II 1/9: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im F&E - Bereich 2001

Tabellenverzeichnis

- Tab. II 1/1: Pendlersalden in den Kreisen und kreisfreien Städten des Makroportals
- Tab. II 1/2: Anteil der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in den Kreisen des Untersuchungsraumes 1999
- Tab. II 1/3: Klassifizierung des Dienstleistungssektors nach Wettbewerbsvorteilen und Distanzkosten
- Tab. II 1/4: Bestand an Arbeitslosen und offenen Stellen in den Arbeitsamtsbezirken Weiden und Schwandorf (1998 bis 2001)
- Tab. II 1/5: Pendlerpotenzial aus dem tschechischen Grenzraum in die bayerischen Raumordnungsregionen nach Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit

Quellenverzeichnis

- BAYERISCHE LANDESANSTALT FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFT UND AGRARSTRUKTUR: Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Agrarsektor, April 2000
- BESCHÄFTIGUNGSPAKT BAYERN, ARBEITSGRUPPE FACHKRÄFTEMANGEL: Fachkräftemangel in Bayern: Ausmaß, Struktur, Möglichkeiten der Bekämpfung, November 2001
- IFO-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG: EU-Osterweiterung - Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern, München, 2001
- MENDIUS, G., ISF MÜNCHEN, FORSCHUNGSPROJEKT: Risiken und Chancen der EU-Osterweiterung für die Arbeitnehmer am Beispiel der ost-bayerisch/tschechischen Grenzregion, Dokumentation zum 1. Arbeitsgespräch am 6.Juni 2002 in Nürnberg, München, 2002
- PALME, G., REGIONALE AUSWIRKUNGEN DER EU-INTEGRATION DER MOEL: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Österreichisches Institut für Raumplanung, Wien, 1998
- PITTROFF, W.: Oberpfälzer Bauern hegen gemischte Gefühle, (www.oberpfalz-netz.de), 22.03.2003
- ROSENFELD, MARTIN T.W.: Die Wettbewerbsfähigkeit strukturschwacher Regionen in der EU im Vergleich zu ihren Nachbarregionen in den Beitrittsländern, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12.2001, S.779-788
- ZIEGLER, A.: Regionale Auswirkungen der EU-Osterweiterung, in: Information zur Raumentwicklung, H.11/12.2001, S.719-726

WWW.CORIS-ONLINE.DE